

Thema / Titel des Beitrags: EU-Haushalt 2018 und Reflexionspapier

Podcast-Nummer: 99

Datum: 19.10.2017

Hallo, ich bin Jens Geier, herzlich willkommen zu meinem Videopodcast.

Im Mai hat die Kommission ihren Entwurf zum neuen Europäischen Haushalt 2018 vorgestellt. Der enthält Verpflichtungen von rund 160 Milliarden Euro. Das klingt viel- ist es aber nicht, denn erstens ist das vom Volumen her gerade mal etwas mehr als zwei Mal der Landeshaushalt von NRW und zweitens übertragen uns die Mitgliedstaaten nach wie vor jedes Jahr mehr neue Aufgaben, die wir mal eben zusätzlich erledigen sollen. Zuletzt die Verteidigungsforschung, davor der gemeinsame Grenzschutz und die Maßnahmen, mit denen wir den Flüchtlingsandrang bewältigt haben. Und deswegen ist es nicht akzeptabel, dass der Rat diesen Haushalt auch noch kürzen möchte, denn der langt hinten und vorne nicht.

Wir haben jetzt als Parlament deutlich gemacht, dass mit uns keine Kürzungen zu machen sind. Insbesondere da nicht, wo wir ohnehin schon viel zu wenig Geld haben. Zum Beispiel in der Forschungspolitik. Da können wir im Moment grad mal eine von 8 guten Projektideen fördern- und das ist viel zu wenig. Ich freue mich, dass uns eine breite Mehrheit der Abgeordneten da zugestimmt hat.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist vor allem eins wichtig: Mehr Investitionen für die junge Generation! In weiten Teilen Europas ist die Jugendarbeitslosigkeit immer noch beschämend hoch. Und es gehört zu unserer politischen Verantwortung, dass wir keine verlorene Generation zulassen werden. Es gibt ein Recht auf Zukunft und das sind wir diesen jungen Menschen schuldig. Und deswegen fordern wir Sozialdemokraten im nächsten EU-Haushalt 600 Millionen Euro für die Jugendbeschäftigungsinitiative – das wichtigste und erfolgreichste Arbeitsmarktinstrument, das wir in diesem Bereich haben. Und ich bin stolz, dass wir es geschafft haben, auch für das Jugendaustauschprogramm Erasmus plus mehr rauszuholen, nämlich eine Aufstockung um 84 Millionen Euro.

Parlament und Rat haben jetzt bis zum 20. November Zeit, um einen Kompromiss für den Haushalt 2018 zu erzielen. Im Frühjahr 2018 wird die Kommission dann einen ersten Entwurf für die Mittelfristige Finanzplanung vorstellen. Bis dahin werden auch wir als Parlament unsere Position vorlegen. Einen ersten Schritt dazu haben wir gestern gemacht – mit einer Resolution zur Zukunft der EU-Finzen.

Denn eins ist klar: So wie bisher geht es nicht weiter. Wir brauchen eine grundlegende Reform: Mit Großbritannien verlässt ein finanzstarker Partner die EU, gleichzeitig bekommen wir immer neue Aufgaben aufgebremmt. Wenn wir hier keinem in die Tasche lügen wollen, dann muss man sagen: Das wird nur mit zusätzlichem Geld gelingen. Soviel Ehrlichkeit muss auch dem deutschen Bundesfinanzministerium möglich sein - das gut schwäbische „Mir gäbet nix“ kann nicht weitergehen.

Es kann aber auch nicht das Ziel sein, dass die **Mitgliedstaaten** einfach nur mehr Geld bezahlen – deswegen brauchen wir eine solide Finanzierung des EU-Haushalts durch zusätzliche Eigenmittel. Beispielsweise aus der Finanztransaktionssteuer. Damit könnte man die Zuweisungen aus den Haushalten der Mitgliedstaaten am Ende vielleicht sogar verringern. Ich bin froh, dass wir uns im Parlament auf diese Position einigen konnten. Denn das ist jetzt eine solide Grundlage für die

Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten. Ich hoffe, dass wir dort das Beste für die Bürgerinnen und Bürger in Europa herausholen können.

Vielen Dank für Ihr Interesse!